

An der Schwelle zu einem sich voller Ungewissheit anmeldenden Jahr 2009

Geldgier und Machtgier

Von Dr. Ulrich Schlüer, Chefredaktor «Schweizerzeit»

Unstillbare Geldgier hat jene Blasen im globalisierten Kreditwesen verursacht und immer weiter aufgebläht, deren Platzen Mitte 2008 eine Weltwirtschaftskrise ausgelöst hat.

Noch bis in den Sommer 2008 hinein kostete die ganze Welt die Hochkonjunktur mit all ihren Attraktionen genussvoll aus. Gesicherter Wohlstand, superbe Wachstumsraten in allen Branchen galten als Selbstverständlichkeit. Warnzeichen wurden übersehen.

Überhitzung und Zusammenbruch

Dann kam der Bruch. Innert weniger Wochen war die Welt eine andere. Ein sehr schwieriges 2009 erwartet die Menschheit, auch die Schweiz. Konzern-Kollapse, Entlassungen, Kurzarbeit dominieren die Schlagzeilen. Wenige nur schwadronieren noch von «bloss vorübergehender Baisse». Die meisten wissen: Der sorglos blinde Glaube ans ewige Wachstum wird hohen Tribut einfordern.

Die Idee, mit immer neuen, immer raffinierter und undurchsichtiger verschachtelten Kredit-Vehikeln allein aus Schulden unendlich wachsende Vermögen herbeizaubern zu können, liess selbst Spezialisten alle Vorsichtsregeln in den Wind schlagen. Bis heute ist es den meisten Zeitgenossen unmöglich, die raffiniert verschachtelten Schuldentürme wirklich zu durchschauen. Deshalb ist noch längst nicht klar, an wem nach allen Zusammenbrüchen die grossen Schulden schliesslich hängenbleiben werden. Immerhin wird im Rückblick klar, aus was für Elixieren die Zauberlehrlinge ihre verführerischen Tränke gebraut haben.

Abkehr vom Gold

Bis weit hinein in die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts war es das Gold, das Disziplin im Geldumlauf erzwang und unsinnige Verschuldung verhinderte. Heute lässt sich immerhin historisch belegen: Es war die völlige Loslösung aller wichtigen Währungen vom Gold, welche das

Zeitalter der Milliardenverschuldung einleitete: Zuerst bei den Staaten, deren Haushalte allesamt verlotterten. Dann entdeckten auch Finanzjongleure die Lust an den Schuldentürmen. Eine neue, alle Grenzen sprengende Disziplinlosigkeit hob an. Sie orientierte sich an der Idee, Schulden verschiedenster Schuldner – zunächst solide unterlegte, dann immer schlechter fundierte – zu Paketen schnüren zu können. Diese Pakete dann bei anderen Finanzinstituten versichern zu lassen, wobei alsbald auch ausgesprochen kritische, allerdings sehr hohe Rendite versprechende Schuldenposten in die Pakete aufgenommen wurden. Alles wurde laufend neu gruppiert, in immer neuer Kombination neu versichert, rückversichert, querversichert, rückrückversichert... Sehr bald vermochte niemand mehr zu entwirren, was genau in den einzelnen Anlagevehikeln verpackt war, wie solide die vielen Pakete geschnürt waren, wer letztlich

dafür geradestehen hätte. Dass auch Heerscharen von Spekulanten alsbald ihre Süppchen aus solchem Wirrwarr kochen würden, war, sobald Disziplinlosigkeit zum System erklärt wurde, vorgezeichnet.

Des Kaisers neue Kleider

Der Umfang des Desasters, das schliesslich aus der Spekulation mit Schuldentürmen angerichtet wurde, ist heute erst ansatzweise erkennbar. Man geht inzwischen aus von einem Schaden in Höhe von mehreren tausend Milliarden...

Die Geschichte von «des Kaisers neuen Kleidern» hat ein neues Kapitel erhalten: Verleitete Luxus-Sucht den Kaiser zu Auftritten in barem Nichts, so war es nackte Geldgier, die Vermögenskonstrukte aus lauter Nichts modernem Imponiergehabe zugrunde legte.

Freilich: Die Geldgier allein erklärt das Geschehene nicht hinrei-

chend. In jedem jetzt von der Finanzkrise durchgeschüttelten Staat gab und gibt es schliesslich auch Finanzplatz- und Bankenaufsichtsorgane. Dazu geschaffen, Fehlentwicklungen, wie sie mit den neuen Kreditinstrumenten entstanden sind, rechtzeitig zu erkennen und zu unterbinden. Warum haben sie allesamt versagt, als Spekulation mit Schuldentürmen buchstäblich Tausende von Milliarden in den Sand setzte?

Darauf ist die Antwort rasch gegeben: Diese Aufsichtsorgane gängeln zwar hartnäckig und oft lästig-bürokratisch die Kleinanleger und viele meist kleinere Firmen mit vergleichsweise geringen Umsätzen. Wer wüsste davon nicht ein Lied des Ärgers zu singen. Als es aber um Milliarden-Spekulationen, um «neue Anlagevehikel», die nur auf verschachtelten Schulden beruhten, ging, die Hunderte, schliesslich Tausende von Milliarden an Schulden (allenfalls als «Kreditpositionen» schöngeredet) zusammenführten,

welche darauf arglosen Kleinanlegern als «absolut sichere Geldanlagen» auf abgesicherten, da versicherten Schuldpositionen angepriesen wurden, weil sie auch von Rating-Agenturen beste Zensuren erhalten hatten – ausgerechnet gegenüber solch spekulativem Abenteuerertum versagte die Finanzplatz-Aufsicht überall und vollständig.

Finanzkontrolle versagt

Weshalb dies geschah, weiss man heute: In allen Ländern mit bedeutenderen oder grossmannsüchtig auftretenden Finanzplätzen haben die Regierungen die Finanzmarkt-Aufsicht bewusst und gezielt gebremst, teilweise am Handeln regelrecht gehindert. Denn alle Staaten gierten nach dem Hauptstück aus dem grossen Spekulations-Kuchen. Weil sie sich daraus Abermillionen an Steuereinnahmen versprochen. Auch da dominierte Geldgier: Man wollte die aus Hochrisiko-Anlagen resultierenden fetten Profite im eigenen Land haben.

Auf Staatsebene paarte sich die Geldgier sofort auch mit Machtgier. Bevor die erhofften Steuermilliarden flossen, wurden sie bereits reichlich «verbraten»: für neue Bürokratien zur Durchsetzung neuer Lenkungsmechanismen – nicht gegenüber Spekulanten, vielmehr gegen Unternehmer, gegen Gewerbler. Für Ausbau der Funktionsapparate zwecks Übernahme neuer Staatsaufgaben: Tagesstrukturen, Erziehungshoheit, Bildungsbürokratie usw. Ungeachtet bloss begrenzt vorhandener Mittel, ungeachtet bereits bestehender Schulden wurden – allein in Erwartung von kommendem Steuersegen – die Staatsapparate allenthalben munter aufgebläht. Trotz Hochkonjunktur fast ausschliesslich auf Pump. Machtverschiebung zum Staat, Machtverschiebung zu Lasten der Selbstverantwortung, auf Kosten des freien Unternehmertums – das war das Ziel der Machtgierigen. Glaubend, aus den spekulativen Finanzplatz-Geschäften quelle dereinst reichlichster Steuersegen...

Nur: Die Steuermilliarden fliesen definitiv nicht. Nur die Schul-

WOHIN DIE REISE AUCH
GEHT, HÄNGT NICHT
DAVON AB, WOHER
DER WIND WEHT,
SONDERN WIE
MAN DIE SEGEL SETZT

UNBEKANNT



Zu den bevorstehenden Festtagen
und zum neuen Jahr
unsere besten Wünsche

Ihr «Schweizerzeit»-Team

Herzlichen Dank

Liebe Leserinnen und Leser

Zu meinem Wiedereinzug in den Nationalrat sind mir Glückwünsche in überaus reichem Ausmass aus der «Schweizerzeit»-Leserschaft zugegangen. Ich bedanke mich für diese mich tief beeindruckende Unterstützung meiner politischen Tätigkeit ganz herzlich – und bitte um Verständnis, dass ich nicht jede Gratulation persönlich beantworten kann.

Ulrich Schliuer

Fortsetzung von Seite 1

den haben die Machtgierigen vergrössert. Genau jene Machtgierigen, die jetzt lamentieren, nach den Kollapsen auf den Finanzmärkten müsse «der Staat» jetzt mehr Einfluss über die Wirtschaft erhalten.

Bereits hat die Finanzmarkt-Krise tatsächlich für mehr Staatseinfluss auf die Wirtschaft gesorgt. Wie nutzen sie – die Schuldigen des Versagens der Finanzmarkt-Aufsicht – ihren Mehreinfluss? Sie buttern Milliarden in (tod)kranke Teile der Wirtschaft. Nicht einzelne Milliarden. Nein, Hunderte, ja Tausende von Milliarden. Aus Staatskassen, die allesamt (vielleicht mit Ausnahme Chinas) bereits gähnend leer sind. Glaubt jemand im Ernst, Neuverschuldung und Zusatzverschuldung solch exorbitanten Ausmasses könne je aus ordentlichen Steuereinnahmen wieder abgetragen werden? Das wird nicht einmal zu einem Bruchteil möglich sein.

Inflation – Depression

Wie also sollen die alten und die neuen Milliardenschulden und die von ihnen ausgehenden übergrossen Zinsbelastungen je bewältigt werden? Es gibt dafür nur eine «Lösung»: Schulden-Ausmerzungen durch bewusst herbeigeführte Inflation. Das geschieht zwar nicht von heute auf morgen, nicht sofort. Zuvor wird sich noch anderes ereignen: Die grossen Produktionskonzerne – be-

reits sichtbar in der Autoindustrie – müssen, um zu Bargeld zu kommen, die sich türmenden Halden ihrer schon zu Beginn der Krise unverkäuflich gewordenen Produkte loswerden. Rasch und vollständig. Aber wie? Mit dem Mittel von massiven Preisabschlägen. Damit solche «Verkaufsförderung» verkraftet werden kann, müssen Belegschaften verkleinert, weniger rentable Nebenwerke geschlossen, Arbeitsplätze zu Tausenden abgebaut werden. Vieles wird schon angekündigt. Insgesamt läuft dieser Prozess aber erst an. Wirksam, für viele brutal wirksam wird die massive Arbeitsplatz-Reduktion ziemlich genau dann, wenn die Inflation einsetzen wird. Sinkende Produktpreise, Arbeitsplatzverlust, sinkende Löhne – und gleichzeitig einsetzende Geldentwertung: Was sich da ankündigt, klingt bei Weitem nicht bloss nach Rezession, es riecht nach Depression, die lange andauern könnte.

Was zu tun wäre

Das, was erforderlich wäre, um das Abgleiten des Landes in eine tiefe Depression zu verhindern, unterlassen die machtgierigen, auf tiefgreifende Veränderung der Besitzverhältnisse abzielenden staatlichen Stellen bewusst: Statt dass sie der Privatinitiative durch spürbare Steuersenkungen mehr Spielraum zur Bewältigung der Krise durch individuelle, vielfache Anstrengung aller Leistungsträger hier und anderswo gewäh-

ren, auferlegen sie denen, die jetzt handeln könnten und müssten, mit allzu oft unüberlegt oder ideologisch motivierten Milliarden-Spritzen und daraus resultierender Zusatzverschuldung neue, lähmende Belastungen. Das wird die Depression verstärken.

Mit noch grösserem Nachdruck verhindern die ausgaben- und machtsüchtigen Regierungen die Rückkehr solider Disziplin in die Finanzmärkte. Das würde von ihnen verlangen, den Geldumlauf wieder an echte, bleibende Werte zu knüpfen, sich von den zwar so leichtfertig nutzbaren, die Menschheit schliesslich aber ins Verderben stürzenden Schuldentürmen aus lauter Nichts endgültig zu verabschieden. Disziplin, Bindung des umlaufenden Geldes an echte Werte: Das heisst zurück zur Absicherung der Währung mit Gold. Das wäre das Gebot der Stunde an diesem Jahreswechsel ins voraussehbare Krisenjahr 2009.

Personenfreizügigkeit – untaugliches Rezept

Was aber raten uns, was verfolgen die Machtgierigen in den Staatsapparaten: «Grenzöffnung» heisst ihr schlicht unsinniges Rezept. Zum Zeitpunkt, da wohl massive Arbeitslosigkeit droht, sollen die Tore für die Arbeitslosen aus allen europäischen Ländern, neu auch aus Bulgarien und Rumänien weit aufgestossen werden. Auf dass nach kurzer Zeit ein Rechtsanspruch auf hindernisfreien Zutritt entsteht auch in die Schweiz, das Land mit den europaweit, wenn nicht gar weltweit attraktivsten Sozialleistungen. Sozialapparate, deren Leistungen zu erarbeiten sind von unseren Bürgern, von den hier tätigen Firmen, die in den kommenden Monaten härtester Konkurrenz aus allen Ländern ausgesetzt sein werden – diese Sozialapparate sollen zur allgemeinen Nutzung für Einwanderer mit höchst eigen-

Eine Regierung, die zum Zeitpunkt einer aufziehenden Weltwirtschaftskrise auf die Kontrolle ihrer Landesgrenzen verzichtet, verrät das eigene Volk, dem zu dienen sie bei Amtsantritt einen Eid geschworen hat.

Am 8. Februar 2009:

Nein

zur Ausdehnung der

Personenfreizügigkeit

auf

Rumänien und Bulgarien

Mit dem beiliegenden Einzahlungsschein unterstützen Sie die Produktion einer Sonderausgabe «Nein zur Personenfreizügigkeit mit Bulgarien und Rumänien» in der ersten Hälfte Januar in einer Auflage von mehreren hunderttausend Exemplaren.

Die neue Regierung

Gewiss: Die Bundesratswahl am 10. Dezember hätte auch mit wesentlich schlechterem Resultat ausgehen können. Tatsache aber bleibt: Die Schweiz tritt sowohl der schweren auf uns zukommenden Wirtschaftskrise als auch den an Gehässigkeit zunehmenden Anfeindungen aus Brüssel uneinig entgegen. Zumindest Bundesbern ist und bleibt in diesen wichtigen Fragen zutiefst gespalten.

Es ging in der Bundesratswahl vom 10. Dezember nicht um eine Person. Es ging um die politische Richtung unseres Landes.

Mit Ueli Maurer wurde einer Persönlichkeit Regierungsverantwortung übertragen, die aus eigener Lebenserfahrung weiss, dass Geld verdient werden

muss, bevor es ausgegeben werden kann. In den Bundesrat hat mit Ueli Maurer eine Persönlichkeit Einsitz genommen, die unangebrachten Angriffen seitens der EU, so arrogant diese auch daherkommen mögen, kraftvoll entgegentreten wird. Das stärkt zweifellos die auf Freiheit und Eigenständigkeit bedachten Kräfte in unserem Land.

Aber der offen auf Brüsseler Kurs segelnde Berner Apparat und die ihre Arbeiter – die zu vertreten die Linke ständig behauptet – mittels Unterstützung der Personenfreizügigkeits-Erweiterung schnöde verratende Linke hört deswegen nicht auf, an der Einbindung der Schweiz ins Brüsseler System weiterhin zu arbeiten. Das Ringen um den

richtigen Weg der Schweiz gegenüber einem von Jahr zu Jahr dirigistischer organisierten EU-Apparat geht also weiter.

Solange allzu viele unschlüssige, ihrer Orientierung verlustig gegangene Exponenten der unscharf definierten «politischen Mitte» der Linken zudienen, solange selbst hohe Gerichte internationale Normen (keineswegs bloss zwingendes Völkerrecht) schweizerischem Verfassungsrecht überordnen wollen, bleiben Freiheit und Unabhängigkeit gefährdet. Am 10. Dezember erfuhr der Wille zur Eigenständigkeit der Schweiz eine sichtbare Stärkung. Durchgesetzt hat er sich aber bei Weitem noch nicht.

us

willigen Zielen freigegeben werden?

Derzeit verzeichnet allein Bulgarien monatlich rund tausend Einbürgerungen von Einwanderern aus Russland, aus Georgien, aus Moldawien, aus der Ukraine, aus Aserbaidschan, aus Armenien usw. Leute, die, sobald sie die Bürgerrechtsbescheinigung Bulgariens besitzen, keinen Tag in diesem Land verbleiben, die vielmehr sofort aufbrechen in Richtung der weit attraktiveren Sozialsysteme in den westeuropäischen Ländern. Dank Personenfreizügigkeit haben sie zunehmend freien Zugang dorthin. Falls sich die Schweiz am 8. Februar 2009 dem gleichen System unterzieht, dann auch in unser Land.

Bulgarien wurden kürzlich EU-Subventionen in grossem Umfang gekürzt – wegen epidemischer Korruption in diesem Land. Diese spielt gewiss auch bei der Vergabe von Bürgerrechtspapieren, die derzeit so heiss begehrt werden von Tausenden von Leuten aus den verschiedensten Ländern weit im Osten. Auch Rumänien gilt als ausgesprochen korruptionsanfällig. Und hat das Roma-Problem – Italien kann davon ein Lied mit unzähligen Strophen singen – alles andere als im Griff.

Verrat

Eine Regierung, die zum Zeitpunkt einer aufziehenden Weltwirtschaftskrise auf die Kontrolle ihrer Landesgrenzen verzichtet, verrät das eigene Volk, dem zu dienen sie bei Amtsantritt einen Eid geschworen hat.

Wenig berauschende Perspektiven im Blick auf das kommende Jahr. Immerhin: Der ungehinderten Personenfreizügigkeit mit Bulgarien und Rumänien kann das Volk am 8. Februar 2009 eine Absage erteilen. Nutzen wir die Gelegenheit!

Ulrich Schliuer

IMPRESSUM

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG, 8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
Redaktion: Postfach 23, 8416 Flaach
Telefon 052 301 31 00, Telefax 052 301 31 03
E-Mail: redaktion@schweizerzeit.ch
Internet: www.schweizerzeit.ch
Chefredaktor: Dr. Ulrich Schliuer (us)
Mitarbeiter: Roland Baader, Paul Ehinger, Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Arthur Häny, Hermann Lei, Christa Meves, Luzi Stamm, Eduard Stäubli, Ernst Tschanz
Abschlussredaktion:
lic. phil. Reinhard Wegelin (rw)
Fotos: Keystone
Inserate: H+H Concept, Hans-Peter Heer, Sonnenbergstrasse 64, 8447 Dachsen, Telefon 052 659 54 50, Telefax 052 659 54 51
E-Mail: info@h-hconcept.ch
Auflage: 20 260 (5. 11. 2008)
Druck: Fridolin Druck und Medien, W. Feldmann AG, Hauptstr. 2, 8762 Schwanden
Einzelpreis: Fr. 3.–, erscheint 39mal jährlich
Jahresabonnement: mindestens Fr. 66.–/Euro 55.–